

Der AHV-Ausgleichsfonds in Schieflage

Kritik an politisch bedingter Vorliebe für Intransparenz

Die Rechnungsführung der drei Sozialwerke AHV, IV und EO weist elementare Mängel auf, welche den politischen Handlungsbedarf wegen chronischer Defizite nicht mit der genügenden Schärfe zutage treten lassen.

nz. Der frühere Generaldirektor der UBS, Ulrich Grete, ist bekannt dafür, offen Kritik zu üben, wenn ihm etwas nicht passt. An der Generalversammlung der Schweizerischen Vereinigung der Verbandsausgleichskassen, die am Donnerstag in Zürich abgehalten wurde, verschaffte sich der Verwaltungsratspräsident des AHV-Ausgleichsfonds Luft. In seinem Referat betonte Grete einleitend, der *Verwaltungsrat sei zu gross*, um effizient handeln zu können. Unklar sei etwa, warum in dem 15-köpfigen Gremium die Versicherungen vertreten seien. Während im Verwaltungsrat zu viele Leute sassen, sei die *Geschäftsstelle* des AHV-Ausgleichsfonds mit 7 Mitarbeitern in Anbetracht der Aufgabe, Gelder in der Grössenordnung von 30 Mrd. Fr. professionell zu disponieren, eindeutig *unterdotiert*.

IV-Finanzierung ein Trauerspiel

Doch fast noch mehr als derartige institutionelle Mängel stört Grete die *intransparente Rechnungsführung* der drei Sozialwerke AHV, IV und EO. Trotz getrennten Betriebsrechnungen werde die Bilanz der Sozialwerke umhüllend geführt, was Übersicht und Vergleichbarkeit erschwere, wenn nicht gar verunmögliche. So würden etwa chronische IV-Defizite mit Vermögenspositionen der Erwerbsersatzordnung (EO) verrechnet und

in der AHV-Bilanz die offenen Rechnungen der Invalidenversicherung (IV) in einer vermeintlichen Aktiv-Position als Verlustvortrag mitgeschleppt. Die IV ist laut Grete gemessen an der Höhe und Dynamik der Leistungen seit Jahrzehnten massiv unterfinanziert. Das Ausgabengebären bzw. die fehlende Finanzierung gefährde direkt die Zahlungsfähigkeit der AHV, was vor allem aus der Sicht des Stimmbürgers empörend sei. So seien IV-Verluste zulasten des Kapitals der EO im Umfang von 2,2 Mrd. Fr. (1998) und 1,5 Mrd. Fr. (2003) getilgt worden, womit de facto aber das *Gesamtsystem unterminiert* werde. – Grete setzte sodann ein grosses Fragezeichen hinter die vorgebrachte «Lösung», die aufgelaufenen und neu anfallenden IV-Defizite durch die Erhebung einer *zweckgebundenen Mehrwertsteuer* von 0,8% nachhaltig aus der Welt schaffen zu wollen. Solange die IV-Leistungen ungebrochen wüchsen, liege es auf der Hand, dass die Dinge auch nach dem Abtragen des IV-Verlustvortrages dereinst nicht im Lot sein würden.

Ein löchriges Feigenblatt

Weil aufgelaufene IV-Verluste in der AHV-Bilanz sozusagen als Aktivum vorgetragen werden – das Einlösen dieses ungedeckten Checks ist natürlich eine Fiktion –, ist eine *Differenzierung*

zwischen dem laut Rechnung angesammelten Kapital und dem wirklich frei verfügbaren Vermögen des AHV-Ausgleichsfonds notwendig. Grete weist darauf hin, dass der gesetzliche Auftrag, im Fonds Gelder für eine volle Jahresausgabe der Sozialwerke mitzuführen, seit 1978 nicht mehr eingehalten ist. Würde weiter das fiktive Aktivum IV-Verlustvortrag in Abzug gebracht, erreichte der AHV-Ausgleichsfonds Ende 2002 noch einen *Deckungsgrad* von 56%, im Bericht zur AHV-Rechnung wird aber ein irreführender Deckungsgrad von 79% vorgezeigt. Unlängst sei ein Gutachten zum Schluss gelangt, eine Deckung von 50% bis 70% der Jahresausgaben von AHV und IV würde genügen. Für Grete ist das Gutachten ein löchriges Feigenblatt, um eine seit Jahrzehnten anhaltende *Missachtung des Gesetzes* gegenüber dem Stimmbürger zu kaschieren.

Faktum sei, dass der AHV-Ausgleichsfonds nach Abzug der EO-Vermögen Ende 2002 noch 16,3 Mrd. Fr. in der Kasse hatte, wogegen für AHV- und IV-Leistungen im selben Jahr 39,06 Mrd. Fr. ausgegeben wurden. So gesehen waren die laufenden Ausgaben noch zu 42% durch das Vermögen gedeckt, das infolge der Börsenbaisse weiter dezimiert wurde. *Der Taschenspielertrick*, Finanzlöcher via die EO zu füllen, ziehe in Zukunft auch nicht mehr, wenn die Erweiterung des Kreises der Versicherten durch die Mutterschaftsleistungen ohne Erhöhung der Prämien erfolgen sollte. Was die AHV angeht, gab Grete eine beunruhigende Prognose ab. Das strukturelle Defizit sei evident, denn man habe in den vergangenen Jahren immer wieder Leistungsverbesserungen *gewährt, ohne* die Finanzierung sicherzustellen. Die von den Räten zurzeit diskutierten Massnahmen bei AHV, IV und EO schafften die dringlich zu lösenden Probleme nicht aus der Welt, und für den AHV-Ausgleichsfonds werde es Jahr für Jahr schwieriger, gesetzeskonform die Zahlungsbereitschaft zu erstellen.